



SPD-Erfolg bei Job-Center-Reform

Betreuung aus einer Hand für Langzeitarbeitslose gesichert

von Manfred Nink

Am 20. März hat sich eine interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe nach langen Verhandlungen in den zentralen Fragen der SGB-II-Neuorganisation verständigt.

Für die Langzeitarbeitslosen in unserem Land ist es eine gute Nachricht: Betreuung, Hilfe und Vermittlung aus einer Hand und die bewährte Zusammenarbeit von Arbeitsagentur und Kommunen in den Job Centern sowie die Arbeit der Optionskommunen werden durch eine Grundgesetzänderung abgesichert. Ohne den Einigungswillen der SPD wäre dieser Kompromiss nicht zustande gekommen.

Die SPD hat durchgesetzt, dass die von Schwarz-Gelb verhängte Sperre von 900 Millionen Euro in der Arbeitsmarktpolitik sowie die Entfristung von 3.200 befristeten Stellen in den Job Centern aufgehoben werden. So konnte verhindert werden, dass die Arbeitsmarktpolitik zum Steinbruch für die Finanzierung der Klientelgeschenke der Koalition wird.

Zentral ist, dass es der SPD gelungen ist, gegen den Widerstand von Union und FDP einen verbindlichen Personalschlüssel gesetzlich zu verankern, der für Job Center und die Optionskommunen

gleichermaßen gilt. Dieser beträgt für Arbeitssuchende bis 25 Jahren 1 zu 75 und bei Arbeitssuchenden über 25 Jahren 1 zu 150. Ein ausreichendes Betreuungsverhältnis von Vermittlerinnen und Vermitt-



Die bewährte Zusammenarbeit von Arbeitsagentur und Kommunen in den Job Centern wird fortgesetzt. Gleichzeitig wird aber auch die Betreuung von Langzeitarbeitslosen ausschließlich durch Städte und Landkreise in den sogenannten Optionskommunen grundgesetzlich abgesichert.

Foto: www.arbeitsagentur.de

lern zu Arbeitssuchenden ist ein wesentlicher Punkt, um in der Praxis Langzeitarbeitslose besser auf ihrem Weg zurück in Arbeit zu unterstützen. Weitere Verbesserungen für die Vermittlungsarbeit in den Job Centern sind die Schaffung eines sta-

bilen Personalkörpers mit eigener Personalvertretung sowie die Stärkung der Rechte des Geschäftsführers und der Trägerversammlung.

In einem begrenzten Umfang kann die Betreuung von Langzeitarbeitslosen auch künftig von Optionskommunen wahrgenommen werden. Die bestehenden Optionskommunen werden entfristet und eine moderate Erweiterung ermöglicht. Es wird keine Wahlfreiheit für die Kommunen geben, sondern die Zahl der Optionskommunen wird auf höchstens 25 Prozent begrenzt. Job Center und Optionskommunen werden künftig nach einem einheitlichen Verfahren über Zielvereinbarungen gesteuert. Das trägt zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland bei.

In den Job Centern und Arbeitsgemeinschaften (ARGen) werden seit 2005 mehr als fünf Millionen Langzeitarbeitslose und deren Familien gemeinsam von Kommunen und Bundesagentur betreut. Das Bundesverfassungsgericht hat 2007 die „Mischverwaltung“ für verfassungswidrig erklärt und eine Neuregelung gefordert.

Für die geplante Grundgesetzänderung ist eine Zweidrittelmehrheit nötig. Deshalb brauchen Union und FDP die Zustimmung der SPD.

Rettungsschirm für Kommunen

Städte und Gemeinden brauchen dringend finanzielle Nothilfen - sofort!

Vielen deutschen Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. Ihre Ausgaben - vor allem für Sozialleistungen - steigen und gleichzeitig schrumpft ihre Einnahmehasis in Folge der Wirtschaftskrise und aufgrund verfehlter Steuer- und Haushaltspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung. Städte und Gemeinden benötigen dringend Soforthilfen!

Die Kommunen bewältigen eine Vielzahl an Aufgaben u.a. in der öffentlichen Daseinsvorsorge: Kinderbetreuung, Müllentsorgung, Abwasser, Sozialhilfe, Mitfinanzierung von Jugendhilfe und Jugendarbeit, ÖPNV, Kulturförderung und vieles mehr. Kommunen können ihren umfassenden Aufgaben und Verpflichtungen nur dann gerecht werden, wenn ihre finanzielle Leistungsfähigkeit kurz- und langfristig gesichert ist.

Die Wirtschaftskrise hat die in den letzten Jahren positive Entwicklung der Finanzbasis der Kommunen gestoppt. Die Verschlechterung der Finanzlage ist in starkem Maße auf konjunkturell und strukturell bedingte Einnahmeausfälle und Ausgabensteigerungen zurückzuführen. Besonders die Ausgaben für soziale Leistungen sind in den letzten Jahren geradezu explodiert. 2009 lagen sie erstmals bei rund 40 Milliarden Euro. Aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit ist zudem mit einem Anstieg der Kosten der Unterkunft auf 11 Milliarden Euro zu rechnen.

Darüberhinaus belasten Union und FDP mit ihrer verfehlten Steuerpolitik die öffentlichen Haushalte. Durch das sogenannte Wachstums-



Finanzielle Soforthilfen - SPD fordert Rettungsschirm für Kommunen.

beschleunigungsgesetz leiden die Kommunen unter direkten Einnahmeausfällen von 1,6 Milliarden Euro.

Für die Bürgerinnen und Bürger drohen u.a. höhere Gebühren für Kitas, für den ÖPNV, für Kultur- und Sporteinrichtungen. Damit die Kommunen in ihrer schwersten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik handlungsfähig bleiben, fordert die SPD einen Rettungsschirm mit kurzfristigen Maßnahmen. Dieses Sofortprogramm soll u.a. folgende Maßnahmen umfassen: Die Einnahmeausfälle, die durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstehen, müssen durch den Bund kompensiert werden. Die Bundesregierung soll auf weitere Steuergeschenke verzichten. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft soll befristet auf zwei Jahre um drei Prozentpunkte angehoben werden. Und im Rahmen der Möglichkeiten des Bundes soll dieser kulturelle Projekte und Initiativen in den Kommunen sichern.

Über die kurzfristigen Maßnahmen hinaus muss die Zukunft von Städten, Gemeinden und Land-

kreisen mittel- und langfristig gesichert werden. Hierzu fordert die SPD u.a. eine Stabilisierung der Gewerbesteuer, die Beibehaltung und Stärkung gewerbesteuerlicher Anreize für Standortgemeinden zur Ausweisung von Flächen zur Nutzung Erneuerbarer Energien, die bedarfsgerechte Weiterentwicklung bewährter Programme der Städtebauförderung wie etwa das Programm „Soziale Stadt“ und eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft der Kommunen, die sich an den tatsächlichen Kosten orientiert.

Diese und weitere Vorschläge wurden durch die SPD in den Bundestag eingebracht (Drucksache 17/1152) und mit der Mehrheit von Union und FDP abgelehnt. Unverantwortlich! Es zeigt sich eine sagenhafte Rücksichtslosigkeit von Schwarz-Gelb gegenüber den Kommunen.

Sollte die von Union und FDP eingesetzte Gemeindefinanzkommission jetzt noch die Gewerbesteuer abschaffen, wäre dies absolut kein Wunder, aber eine Katastrophe für die Kommunen.

Manfred Nink

Auf Worte müssten Taten folgen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Nink fordert, am geplanten zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Igel und Luxemburg festzuhalten. Am 24.03.2010 war bekannt geworden, dass das Bundesverkehrsministerium keinen Bedarf mehr für einen solchen Ausbau sieht.

Nink: „Statt den Menschen in der Region immer wieder neue Versprechungen und Hoffnungen zu machen, sollte Bernhard Kaster seinen Worten endlich Taten folgen lassen und seine Unions-Parteifreunde im Bundesverkehrsministerium von der Notwendigkeit des Ausbaus für die Pendlerinnen und Pendler auf beiden Seiten der Grenze überzeugen.

Dass bereits getroffene Zusagen seitens des Bundesverkehrsministeriums über den Haufen geworfen werden, stellt eine neue Qualität der Unzuverlässigkeit dieser schwarz-gelben Bundesregierung dar.“

Einem Brief des Bundesverkehrsministeriums zufolge, sieht das Bundesverkehrsministerium derzeit keinen Bedarf mehr für den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Igel und der luxemburgischen Grenze. Und auch einer Erweiterung des grenzüberschreitenden Zugangebots räumt das Ministerium nur wenig Chancen ein.

Während beim Trierer Verkehrsgipfel 2007 unter anderem Ministerpräsident Kurt Beck und der

damalige SPD-Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee die Bedeutung des Ausbaus erkannten und diesen zusagten, verkenne die schwarz-gelbe Bundesregierung die Relevanz der Verbindung für den internationalen Schienenverkehr, so Nink.

„Die Union zeigt ihr wahres Gesicht. Alle früheren Versuche seitens der CDU, der SPD-Landesregierung den schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben, lösen sich in Luft auf. Anhand dieser Entscheidung gegen einen Ausbau wird deutlich, welche geringe Priorität die Region Trier jetzt bei der CDU-geführten Bundesregierung genießt“, sagte Manfred Nink.

Hinter den Kulissen

Fehlen bleibt nicht unbemerkt



Im Plenum: In den letzten Reihen wäre noch Platz...

Foto: © Deutscher Bundestag, Lichtblick/Achim Melde

Nicht ganz so häufig, wie darüber geschimpft wird, dass bei Fernsehübertragungen im Deutschen Bundestag die Sitzreihen zu leer erscheinen, wird erklärt welche Konsequenzen ein Fehlen im Deutschen Bundestag für Abgeordnete hat.

Grundsätzlich gilt: Sitzungswochen in Berlin bedeuten Anwesenheitspflicht für die Abgeordneten.

Diese weisen ihre Anwesenheit im Parlament in der Regel durch ihre Unterschrift in einer Liste für jeden Tag nach. Das bedeutet jedoch nicht, dass alle Politiker/innen permanent im Plenarsaal sitzen, denn ihre Arbeit spielt sich zu großen Teilen im eigenen Büro, in Ausschüssen, Arbeitsgruppensitzungen und Gesprächsterminen z.B. mit Verbänden und Journalisten ab.

Ein Fehlen in der Sitzungswoche hat für Abgeordnete immer finanzielle Konsequenzen. So werden z.B. bei Nichteintragung in die Anwesenheitsliste mindestens 50 Euro fällig, bei unentschuldigtem Fehlen an einem Plenarsitzungstag 100 Euro (entschuldigt 50 Euro) und bei unentschuldigter Nichtteilnahme an einer namentlichen Abstimmung weitere 50 Euro.

4 | Aus Partei und Fraktion

Ostergrüße aus Berlin



„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche.“ In Berlin hat bereits kurzzeitig der Frühling Einzug gehalten. Einheimische, Touristen und Sonnenhungrige - wie hier am Spreerfer - genossen bereits das tolle Wetter. Wahrlich ein Wetterchen zum Eierlegen. In diesem Sinne: Manfred Nink sowie seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wünschen allen Leserinnen und Lesern des Spreebriefs frohe Osterfeiertage und einen fleißigen Osterhasen.

Basis misch' dich ein!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Am 15. März hat das SPD-Präsidium einen Beschluss mit dem Titel „Fairness aus dem Arbeitsmarkt“ gefasst. Ihr findet das 12-seitige Dokument im Internet: http://www.spd.de/de/pdf/100315_beschluss_arbeitsmarkt.pdf. Das Papier umfasst Thesen zum Arbeitsmarkt der Zukunft und liefert Vorschläge für grundlegende Reformen.

Vorgesehen sind etwa die Begrenzung von Leiharbeit, die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro. Langzeitarbeitslose, die kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, sollen neue Perspektiven erhalten. 200.000 neue Beschäftigungsverhältnisse sollen geschaffen werden, ohne dass dadurch reguläre Beschäftigung ver-

nichtet wird. Die Annahme eines solchen Angebots soll freiwillig sein und die Lohnhöhe soll sozialversicherungspflichtig sein. Zudem soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld I bei beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen auf bis zwölf Monate verlängert werden.

Diese und weitere Vorschläge müssen jetzt von der Basis diskutiert werden. Sprecht in Euren Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften darüber. Trefft Beschlüsse und mischt Euch ein. Das arbeitsmarktpolitische Konzept soll erst auf einem Parteitag im September beschlossen werden. Noch viel Zeit also, eigene Ideen einzubringen.

*Herzlichst,
Euer* 

Seit dem letzten Spreebrief

8. bis 14. März

Mitgliederversammlung Ortsverein Heiligkreuz, Verleihung Ehrenamtspreis Trier, Diskussion zum regionalen Einzelhandel bei der IHK Trier, Teilnahme am Eifelabend in Berlin, Eröffnung der Gewerbeausstellung Schweich, Besuch des Frauenkabarets in Kenn

15. bis 21. März

Sitzungswoche des Deutschen Bundestags, Teilnahme am Parlamentarischen Abend der Deutschen Weinkellereien, Gespräch mit Jugendlichen der Realschule Schweich in Berlin, Teilnahme am Mittelstandsfrühstück der SPD, Besuch einer Diskussion zur Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments mit dem Vize-Präsidenten des Europäischen Parlaments, Gespräch mit der luxemburgischen Botschafterin in Berlin, Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Kenn, Besuch des Frühjahrskonzerts des Musikvereins Kenn

22. bis 28. März

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Gespräch mit der Caritas Rheinland-Pfalz, Empfang einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin mit kulturellem und politischen Programm

Trierer Wirtschaftsgespräch

Beim Trierer Wirtschaftsgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung wird der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Hendrik Hering am **Montag, den 10. Mai 2010 um 19 Uhr im Penta-Hotel in Trier** unter dem Titel „Die politischen Zielsetzungen der Landesregierung zur Entwicklung der Region Trier in diesem Jahrzehnt“ sprechen.